Konrad Adenauer Stiftung
Außenstelle Zagreb

Die politische Lage in Slowenien vor den Kommunalwahlen

Politischer Hintergrundbericht

7. September 2006

Knapp zwei Jahre nach dem überraschenden Wahlsieg eines bürgerlichen Parteienbündnisses steht die Republik Slowenien im Spätsommer 2006 vor wichtigen innenpolitischen Weichenstellungen. Die für den Herbst angesetzten Kommunalwahlen werden darüber hinaus interessante Aufschlüsse über die weitere Entwicklung der in Bewegung geratenen slowenischen Parteienlandschaft geben: Wird die regierende SDS (Slowenische Demokratische Partei) unter Premierminister Janez Janša die vormals an der Macht befindlichen postkommunistischen Liberaldemokraten (LDS) dauerhaft als stärkste politische Kraft des Landes ablösen können? Ist das Bündnis der drei EVP-Parteien SDS, NSi (Neues Slowenien) und SLS (Slowenische Volkspartei) in Zukunft mehrheitsfähig, oder drohen die kleinen Partner NSi und SLS gar von der politischen Bühne zu verschwinden?

Die innenpolitische Agenda

Das Tempo der innenpolitischen Entwicklung in Slowenien wurde in der letzten Zeit recht souverän von der Regierung vorgegeben. Diese hatte sich vor der Sommerpause vor allem mit der Euro-Einführung beschäftigt. Die weiteren Hauptaktivitäten betrafen Privatisierungsmaßnahmen (die Regierung hat immer noch direkten oder indirekten

Einfluss auf knapp 50 % der slowenischen Wirtschaft) und die Realisierung von wichtigen Ankündigungen aus dem Wahlprogramm im Bereich der Wirtschafts- und Sozialreformen. Entscheidend hierfür ist die Durchführung einer Steuerreform, bei der auch die Einführung einer einheitlichen Steuerstufe (*flat tax*) nicht ausgeschlossen ist. Mehr zu dieser Frage wird erst kurz vor den Kommunalwahlen (1. Wahlgang 22.10.06, 2. Wahlgang 12.11.06) bekannt sein. Schließlich hatte die Regierung vor den Parlamentsferien auch einen Entwicklungsplan für die Republik Slowenien bis 2023 angekündigt, der nach den bisher bekannten Informationen 34 größere Projekte vor allem im Bereich der Infrastruktur im Gesamtvolumen von mehr als 25 Milliarden Euro umfassen soll.

Im einzelnen:

- *Die Euro-Einführung:* Slowenien wird zum 1. Januar 2007 als 13. Mitglied des Euro-Klubs die Gemeinschaftswährung einführen. Das Land musste dafür natürlich die Maastrichter Kriterien erfüllen. Problematisch war dabei zunächst die Inflationsrate gewesen, doch diese ist seit geraumer Zeit stabil und hat sich auf einem jährlichen Niveau von 2,5 % eingependelt. Nach Ansicht der Beobachter ist derzeit die Euro-Einführung nur noch eine technische Angelegenheit, wobei die größte Bedeutung der Frage zukommt, wie ungerechtfertigte Preiserhöhungen verhindert werden können. Zu diesem Zwecke gibt es eine Zusammenarbeit verschiedener Institutionen wie Verbraucherorganisationen, Regierung, Banken usw.

- *Wirtschafts- und Sozialreformen:* Über dieses Thema wurde seit 2005 in der slowenischen Öffentlichkeit viel diskutiert. Dabei ist der Regierung mit der Etablierung eines Allparteienbündnisses in Form einer lockeren *Partnerschaft für Entwicklung* ein öffentlichkeitswirksamer Schachzug gelungen, den jedoch die größte Oppositionspartei LDS nicht mitvollzogen hat. Für den Herbst ist das erwähnte Schlüsselreformpaket mit einer Steuerreform als Kern angekündigt. Seit geraumer Zeit laufen vor diesem Hintergrund Verhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern über ein Sozialabkommen, vor allem über Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung.

- *Entwicklungsresolution 2023*: Mit dieser Resolution will die Regierung wichtige Entwicklungsprojekte voranbringen, die hauptsächlich über Gelder aus den europäischen Strukturfonds finanziert werden sollen. Dabei handelt es sich vor allem um Infrastrukturprojekte wie die Errichtung des Straßenkorridors von der österreichischen Grenze über Celje und in Richtung Süden von Novo Mesto bis in die Region Bela Krajina, wo die Anbindung an das Straßennetz der Republik Kroatien erfolgen soll. Die Entwicklungsresolution beinhaltet auch die Modernisierung der Eisenbahn, die Errichtung von Entwicklungszentren u.v.m.

- *Privatisierung:* Die Regierung hat für Herbst die Privatisierung einer Reihe von Unternehmen angekündigt, die über die sogenannten *Kapital-* und *Entschädigungsfonds* erfolgen soll. In jeden dieser beiden Fonds wurde in den 90er Jahren bei der ersten der Privatisierungswellen je 10 % jedes Unternehmens eingebracht. Dabei war der *Kapitalfonds* zur Sicherung eines stabilen Rentensystems gedacht, der *Entschädigungsfonds* für die Finanzierung der Reprivatisierung des nach 1945 nationalisierten (vergesellschaftlichten) Vermögens. Konkret hat die Regierung für 2006 die Privatisierung des Telekommunikationsunternehmens *Telekom Slovenija*, der Bank NKBM (Nova Kreditna Banka Maribor) und der Stromwirtschaft angekündigt. Es ist geplant, diese Privatisierungen schrittweise zu vollziehen, indem zunächst nur ein bestimmter Anteil der Unternehmen verkauft wird. Wenn damit gute Erfahrungen gemacht werden, wird die Privatisierung bis zu 25 % + 1 Aktie fortgesetzt – diese Sperrminorität wird die Regierung behalten, um weiterhin Entscheidungen mit beeinflussen zu können (z.B. im Fall der *Telekom Slovenija*).

Die Absicherung der innenpolitischen Macht

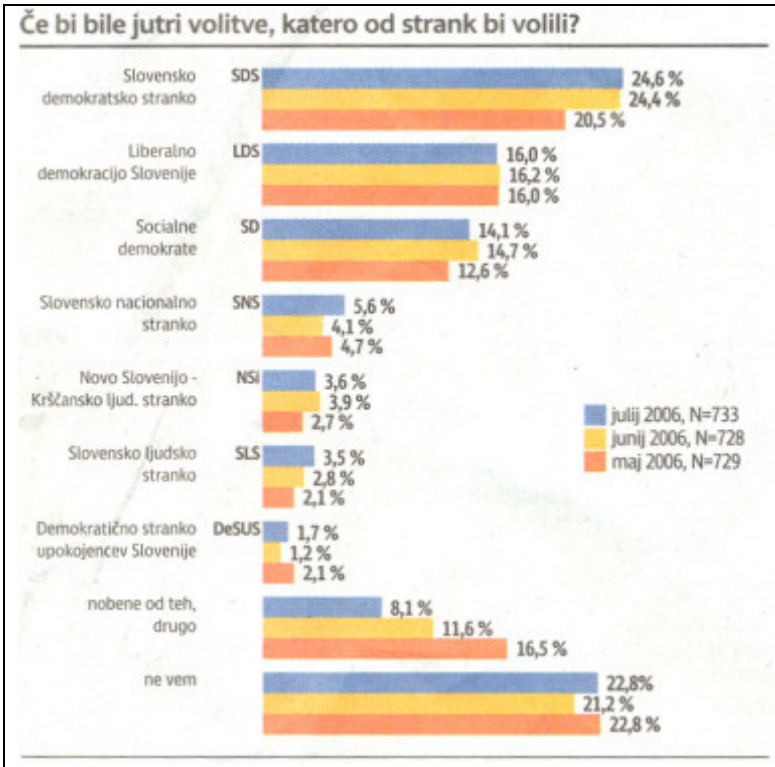
Einer der wichtigsten Gründe für die Abwahl der vormals regierenden postkommunistischen Liberaldemokraten hatte vor zwei Jahren darin gelegen, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Machtsystems der LDS überdrüssig geworden war (s. auch www.kas.hr, politischer Bericht Oktober 2004). Die LDS schien sich in den langen Jahren ihrer Regierungszeit den slowenischen Staat durch die Besetzung nahezu aller personeller Schlüsselstellungen zur Beute gemacht zu haben.
Es ist nachvollziehbar, dass die bürgerliche Koalition (zusammen mit der mitregierenden Rentnerpartei) nach Regierungsantritt bestrebt war, das innerstaatliche Machtmonopol der LDS zu brechen, weswegen sie sich heute heftigen Angriffen seitens der Opposition gegenübersieht.
Tatsächlich ist es in den letzten zwei Jahren zu zahlreichen Wechseln von Entscheidungsträgern in Wirtschaftsunternehmen, die im Einflussbereich der Regierung stehen, gekommen. Viele Wechsel wurden auch in Schlüsselpositionen der öffentlichen Verwaltung sowie im Bereich der Medien vorgenommen. So wechselten Direktoren und Chefredakteure in allen größeren slowenischen Medien (in den Tageszeitungen *Delo*, *Večer* und *Primorske novice*, im nationalen slowenischen Fernsehen und Radio *RTV Slovenija).*
Die Tatsache, dass die oppositionelle LDS nun ihrerseits lautstark Klientelismus und brutales Eindringen in die autonome Sphäre der Medien beklagt, zeigt eines deutlich: in den zwei Jahren ihrer Regierung ist es der von der SDS geführten Koalition und vor allem Janes Janša durchaus gelungen, ihre Macht im Staate zu festigen.

Das Image der Regierung Janša und die aktuellen Umfragewerte

Eine Umfrage der Tageszeitung Dnevnik (vom 24. Juli 2006) zeigt, dass die Regierung derzeit die Unterstützung von 51 % der Befragten genießt, während sie von 37 % abgelehnt wird. Nach einer Umfrage der Tageszeitung Delo (vom 31. Juli 2006) wird die Arbeit der Regierung von 34,8 % der Befragten als gut bewertet, von 33,6 % als schlecht und von 25,3 % als mittelmäßig. Im Juni 2006 wurde darüber hinaus vom Meinungsforschungszentrum *Center za raziskovanje javnega mnenja* (an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ljubljana) erhoben, dass die Regierung von 44 % der Befragten unterstützt und von 45 % abgelehnt wird. Nach der allgemein verzeichneten ausgeprägten Ablehnung der Regierung zum letzten Jahreswechsel gibt es derzeit alles in allem ein Gleichgewicht zwischen Unterstützung und Ablehnung.

In den Meinungsumfragen jedoch führt die SDS seit Monaten stabil, gefolgt von den oppositionellen Liberaldemokraten LDS, der SD (linksgerichtete Sozialdemokraten) und SNS (rechtsgerichtete Nationalpartei). Anschließend folgen die kleinen Koalitionspartner der SDS: NSi, SLS und DeSUS (die Rentnerpartei).

Welche Partei würden Sie wählen, wenn morgen Wahlen wären?



SDS

LDS

SD

SNS

NSi

SLS

DeSUS

keine davon, andere

weiß nicht

Quelle: Delo, Juli 2006

Insgesamt hat sich die regierende Vierparteienkoalition - die größte Regierungspartei ist die SDS (29 Abgeordnete), gefolgt von NSi (9 Abgeordnete), SLS (7 Abgeordnete) und DeSUS (4 Abgeordnete) - in den letzten knapp 2 Jahren der Parlamentsarbeit als stabil erwiesen. Alle Schlüsselprojekte konnten bisher ohne größere Probleme durchgeführt werden. Die vier Regierungsparteien haben einen Koalitionsvertrag abgeschlossen, an den sich bisher alle auch mehr oder minder halten.
Dennoch zeigten sich in den letzten Monaten vor den Sommerferien auch Risse im Bündnis. Diese betrafen zum einen das Verhältnis zwischen NSi und Rentnerpartei DeSUS, deren Parteivorsitzende sich öffentlich hart wegen einer Gesetzesvorlage zur Religionsfreiheit in die Haare gerieten. Auch die SLS verursacht der Regierung Janša mit Solo-Aktionen als Scharfmacher in den slowenisch-kroatischen Beziehungen immer wieder Probleme. Schon mehrfach, auch öffentlich, sah sich Premier Janša dazu gezwungen, die SLS darauf hinzuweisen, nicht bei jeder sich bietender Gelegenheit antikroatische Ressentiments aufzuwärmen. (Zum Hintergrund: kurz vor den letzten Parlamentswahlen schien die programmatisch wenig profilierte SLS in die politische Bedeutungslosigkeit zu versinken und den Sprung über die notwendige 4-Prozent-Hürde deutlich zu verpassen. Nur ein geschmackloser, aber öffentlichkeitswirksam provozierter Zwischenfall mit kroatischen Grenzbeamten hievte die SLS im letzten Moment ins Parlament, verschaffte aber der Koalition auch die notwendige hauchdünne Regierungsmehrheit.)
Somit bildet die Achse SDS-NSi den eigentlichen Kern der Regierung. Zwar fürchtet die NSi – zumindest öffentlich - nicht den Schatten der größeren SDS, doch innerhalb der NSi ließen sich die Befürchtungen, eines Tages von der SDS aufgesogen zu werden, nie zur Gänze zerstreuen. Darüber hinaus haben die Minister der NSi die größte Last der Reformanstrengungen zu tragen (die NSi stellt vier Minister: die Ressorts Arbeit und Soziales, Hochschulwesen, Finanzen und Justiz).
Insgesamt sieht sich die regierende Koalition im Herbst mit der Bewältigung der Reformagenda und den Kommunalwahlen vor spannenden, belastungsreichen Zeiten.

Wie geht es der Opposition?

Die derzeitige Opposition im slowenischen Parlament ist eine ausgesprochen heterogene Ansammlung politischer Kräfte. Die ehemals staatstragende, einstiger Pfründe weitgehend beraubte LDS scheint den Machtverlust nur schwer zu verwinden. Die Partei verweigert sich jeglicher parlamentarischer Zusammenarbeit mit den Regierungsparteien und führt scharfe bis polemische Angriffe gegen die Regierung. Seitdem vor acht Monaten Jelko Kacin den Vorsitz der LDS übernommen hat, ist es zwischen ihm und Premier Janša noch zu keinerlei Treffen gekommen.
Die SD präsentiert sich als kritische Oppositionspartei, arbeit jedoch an dem Bündnis *Partnerschaft für Entwicklung* mit. Damit verfolgt sie die Strategie einer

konstruktiven Opposition und kündigt gleichzeitig aber auch ein alternatives Regierungsprogramm für die kommenden Parlamentswahlen an.
Die nationalistische SNS geht in der Kooperation mit der Regierung bisweilen recht weit. So unterstützt sie punktuell Projekte der Regierung, und diese übernimmt manchmal den einen oder anderen Gesetzesvorschlag der SNS (z.B. das Antikorruptionsgesetz.). Indem sie die Regierung aber auch angreift und vor allem die übrigen Oppositionsparteien ins Visier nimmt, versucht sich die SNS als einzige Wahrerin der nationalen Interessen Sloweniens zu profilieren, vor allem, wenn es um die kroatisch-slowenischen Grenzstreitigkeiten geht.

Innerhalb der Opposition ist für die LDS die Lage derzeit am problematischsten, da sie in den letzten beiden Jahren in allen Umfragen weit davon entfernt war, die Stimmenverluste der letzten Wahlen wettzumachen. Im Gegenteil: die LDS läuft Gefahr, mehr und mehr ihre Basis und ihre Stellung als größte Oppositionspartei an die SD zu verlieren. Für den neuen Parteivorsitzenden der LDS Jelko Kacin werden die Kommunalwahlen somit zum großen Testlauf. Es scheint, dass die SD immer mehr zur Konkurrenz der LDS wird, da sie ein Programm vorbereitet, das sie eher in der Mitte des politischen Spektrums positioniert, während die LDS mit ihrem neuen Programm öffentlich ankündigt, eher um die linksgerichteten Wähler kämpfen zu wollen.

Ausblick auf die Kommunalwahlen

In Slowenien hört man von vielen Seiten - und man spürt es auch als Reisender – dass bald Kommunalwahlen stattfinden werden. Die unausweichlich steigende Anzahl an größeren Baustellen im ganzen Land kündigen von den Aktivitäten lokaler Verantwortungsträger, die um die Wiederwahl werben.
In zwei Wahlgängen wird am 22. Oktober und am 12. November 2006 gewählt werden. Slowenien hat 205 Gemeinden, davon 11 Stadtgemeinden. Gerade letztere werden erfahrungsgemäß am heftigsten umkämpft werden. Besonders prestigeträchtig ist natürlich die Hauptstadt Ljubljana, wo der Unternehmer Zoran Jankovič, offenbar mit guten Erfolgsaussichten, eine unabhängige Kandidatur angekündigt hat.
Allgemein wird erwartet, dass der Kampf um die Wählerstimmen am heftigsten zwischen LDS und SDS geführt werden wird. Schließlich haben beide Parteien am meisten zu gewinnen bzw. zu verlieren. Die LDS hatte 2002 bei den Kommunalwahlen 718 Sitze in Gemeinderäten bzw. 26 % erobert, die SDS 376 Sitze bzw. 13,65 %. Die LDS muss nun an den Erfolg von 2002 anschließen, um ihren Abwärtstrend zu stoppen, während die SDS beweisen muss, dass es ihr vor zwei Jahren bei den Parlamentswahlen gelungen ist, in der slowenischen Parteienlandschaft eine dauerhafte Trendumkehr zu schaffen. Wenn die SDS auch dieses Mal einen überlegenen Sieg einfährt, besteht die große Wahrscheinlichkeit, dass sie bei den

kommenden Parlamentswahlen ihr Ergebnis wiederholen oder sogar verbessern kann. Vor diesem Hintergrund sind natürlich auch die anderen Parteien gefordert.
Für die Sozialdemokraten sind die Kommunalwahlen der Lackmustest für den bisherigen Aufwärtstrend. Die SLS stellte bisher die meisten Bürgermeister und hält sich traditionell gut in den kleineren, ländlichen Gemeinden, die über weniger entwickelte Parteiennetze verfügen. Diese Position gilt es für das EVP-Mitglied unbedingt zu halten, wenn es nicht auf nationaler Ebene in der Versenkung verschwinden will. Diese Gefahr droht im übrigen auch dem dritten slowenischen EVP-Mitglied NSi, wenn man den oben genannten Umfragen folgt. Auch die NSi braucht bei den Kommunalwahlen ein respektables Ergebnis, um sich dauerhaft auf nationalem Niveau halten zu können.

Vorläufiges Fazit

Das Regierungsbündnis der EVP-Partner SDS, NSi und SLS (plus Rentnerpartei DeSUS) hat seine Position in den vergangenen zwei Jahren trotz hauchdünner parlamentarischer Mehrheit festigen können. Offenbar ist es Regierungs- und Parteichef Janez Janša darüber hinaus bis heute gelungen, eine politische Trendumkehr in Slowenien einzuleiten und das jahrelange Machtmonopol der Postkommunisten nachhaltig aufzubrechen. Auch der weitere Reformprozess zeichnet sich in positiven Konturen ab, so dass Sloweniens Bild vom transformationspolitischen Musterknaben wohl keine Risse bekommen haben wird, wenn das Land in der ersten Hälfte 2008 die EU-Präsidentschaft übernimmt.
Die slowenische Parteienlandschaft ist jedoch weiter in Bewegung, und die anstehenden Kommunalwahlen können womöglich Aufschluss darüber geben, wohin die Entwicklung führen wird. Eines scheint bereits zum jetzigen Zeitpunkt sicher zu sein: Auch wenn Janez Janšas SDS ihre neugewonnene Position als stärkste slowenische Partei verteidigen oder gar ausbauen kann (was sich erst noch zeigen muss) – die Beschaffung von politischen Mehrheiten wird für das bürgerliche Lager in Slowenien schwierig bleiben. Was schließlich die kleinen EVP-Partner NSi und SLS betrifft, so werden diese womöglich nichts vom Erfolg der SDS haben und bald um ihre Existenz kämpfen müssen.

Dr. Christian Schmitz, Leiter der Außenstelle (verantwortlich)
Zoran Potić, Ljubljana (Datenrecherche)